



Offener Brief an Frau Senatorin Katharina Günther-Wünsch und die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses

Sehr geehrte Frau Günther-Wünsch,

Sehr geehrte Abgeordnete des Berliner Abgeordnetenhauses,

der Ganztagsschulverband e.V. verfolgt mit großer Sorge die aktuellen Haushaltsplanungen für die Jahre 2026/2027. Der vorgesehene Wegfall des Sammeltitels „*Ganztägige Bildung und Erziehung*“ bedeutet nicht nur das Ende der Arbeit der SAG Berlin, sondern stellt einen massiven Rückschritt für die gesamte Berliner Bildungslandschaft dar. Als Verband, der sich seit über 70 Jahren für die Weiterentwicklung und Qualitätssicherung von Ganztagsschulen einsetzt, sehen wir in diesen Kürzungen eine Gefährdung zentraler bildungspolitischer Ziele, die Berlin sich selbst gesetzt hat.

Ganztagsschulen sind weit mehr als verlängerte Unterrichtsorte. Sie sind Lebens- und Lernräume, in denen Kinder und Jugendliche nicht nur Wissen erwerben, sondern soziale Kompetenzen entwickeln, kulturelle Teilhabe erfahren und demokratische Werte einüben. Der Ganztagsschulverband e.V. betont stets, dass die Qualität dieser Schulen entscheidend davon abhängt, ob sie fachlich begleitet, multiprofessionell aufgestellt und in ihrer Profilentwicklung unterstützt werden. Mit dem geplanten Abbau dieser Strukturen werden Schulen in einer Phase, in der der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung umgesetzt werden muss, ohne die notwendige Unterstützung gelassen.

Besonders kritisch sehen wir, dass mit den Kürzungen nicht nur die Arbeit der SAG Berlin endet, sondern auch etablierte Programme wie das Kulturagenten-Programm, die Fachstelle proRespekt oder die Berliner Ferienschulen wegfallen sollen. Damit verlieren Schulen wichtige Partner, die für Gewaltprävention, Demokratiebildung, Sprachförderung und kulturelle Bildung unverzichtbar sind. Aus Sicht des Ganztagsschulverbandes e.V. bedeutet dies, dass



Der Bundesvorstand

zentrale Zukunftskompetenzen – Kreativität, kritisches Denken, Teamfähigkeit und interkulturelle Verständigung – nicht mehr flächendeckend gefördert werden können.

Wir fragen uns, welche bildungspolitische Gesamtstrategie mit diesem Vorgehen verfolgt wird. Statt Schulen in ihrer Weiterentwicklung zu stärken, werden tragende Säulen eingerissen. Statt Kindern und Jugendlichen Chancen zu eröffnen, werden ihnen Perspektiven genommen. Der Ganztagsschulverband e.V. hält dies für einen bildungspolitischen Irrweg, der langfristig nicht nur die Qualität der Berliner Schulen, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet.

Wir appellieren daher eindringlich an Sie, die geplanten Kürzungen zurückzunehmen und den Sammeltitle „*Ganztägige Bildung und Erziehung*“ im Doppelhaushalt 2026/2027 wieder aufzunehmen. Berlin braucht eine verlässliche, nachhaltige und zukunftsorientierte Bildungsstrategie, die Ganztagsschulen stärkt, Kinder fördert und die Stadtgesellschaft zusammenführt.

Der Ganztagsschulverband e.V. steht bereit, diesen Weg weiterhin konstruktiv zu begleiten. Die Entwicklung guter Ganztagsschulen braucht politische Rahmenbedingungen, die Qualität und Teilhabe sichern, statt sie zu gefährden.

Mit Nachdruck und in großer Sorge,

Der Bundesvorstand des Ganztagsschulverband e.V.

Leipzig, 22.10.2025